

Sächsische Zeitung

№. 102.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 196.

Zweite Ausgabe

Mittwoch, 1. Juli 1903.

Druck-Verlag in Halle a. S., Leipzigerstr. 87. Telefon Nr. 158.

Gründung: Dr. Walter Genselien in Halle a. S.

Abgabe-Verlag in Halle a. S., Leipzigerstr. 87. Telefon Nr. 158.

Druck-Verlag in Halle a. S., Leipzigerstr. 87. Telefon Nr. 158.

Deutsches Reich.

Halle a. S., den 1. Juli.

* Aus der Ostmark wird geschrieben: Mit wachsender Sorge muß man die rasche Zunahme der polnischen Hauptstädte in den Städten betrachten, denn Hand in Hand damit geht ein Anwachsen der ländlichen polnischen Eigentümer. Die polnischen Banken und Versicherungsanstalten wurden neuerdings ergänzt durch polnische Grundbesitz-Erwerbsgesellschaften, die sich den Ankauf städtischer Liegenschaften, den Bau polnischer Wohnhäuser usw. zur Aufgabe machen. Mit geringen Mitteln begnügen, erzielen alle die Genossenschaften und Banken doch rasche Erfolge, da ihnen der Leiter der Unternehmungen alle Vorteile des Genossenschaftswesens gekannt auszumengen wissen. Auf deutscher Seite fehlt es — von vereinzelten Ausnahmen abgesehen — an Siedlungs-genossenschaften, die sich in den Dienst der nationalen Sache stellen, wie man es auf polnischer Seite für selbstverständlich hält. Insbesondere mangelt es an einer Organisation, die deutsche Bauern-Genossenschaften, wenn sie — gleichzeitig aus welchen Gründen — zum Verkauf gestellt werden. Käufer sind fast immer die Polen. Man prüfe nur die Abstammungsergebnisse der gegenwärtigen Wahlen, da wird man unversehens feststellen werden, wie auch in die noch vor 5 Jahren rein deutschen Dörfer der Grenzgebiete gegen Polen, Brandenburg und Westpreußen die Polen eingebrochen sind. Wir erhoffen alles Heil von der, wenn sie gegenreichen, Anschließungs-Kommission, überlegen aber dabei, daß die Polen auf dem besten Wege sind, mehr Land polnisch zu besetzen — meist von deutschen Besitzern erstanden — als die Anschließungs-Kommission samt dem Domänenamt erstehen kann. Polen bringen — sie halten es für selbstverständlich — erhebliche Opfer, um ihr Vorkommen den Polen zu erhalten. Deutsche aber und zwar meist dann, wenn sie gut gestellt sind, wollen in die deutsche Hand nur verkaufen, wenn sie dabei ein sehr gutes Geschäft machen. Jedenfalls, „Zerstückelung“ sollte die deutsche öffentliche Meinung ebenso sehr an den Bräutigam stellen, wie es mit polnischen „Verstärkern“ geschieht, d. h. Zenten, die an Deutsche oder gar an die Anschließungs-Kommission verkaufen. In dieser Beziehung können wir noch sehr viel von den Polen lernen. Zweifelloß läßt sich durch genossenschaftliche Organisation der Uebergang deutscher Besitzungen in Stadt und Land an die Polen aufhalten, ja verhindern, doch muß dann, wie auf polnischer Seite, die Gesamtheit für diese Unternehmungen eintreten; auch wir müssen uns daran gewöhnen, daß die Erfahrungen nur in kleinen Vorkommen angelegt werden, die sich in den Dienst unseres Volkstums stellen, bevorst und vorsichtig, entschlossen und ohne jede bürokratische Schwerefälligkeit, wie es die Deutschen seit Jahrzehnten tun, denen es die preussischen Polen jetzt so erfolgreich nachahmen.

* Wahlkreisinstruktionen. Von allen Seiten werden die größten Wahlkreisinstruktionen der Sozialdemokratie gemeldet. So berichtet aus Königsberg die „Gartungische Zeitung“: „Wir haben bereits gemeldet, daß am Stimmabgabeort ein Zuspätschiefe auf Veranstaltung eines Wahlvorstandes stattfand, der für einen anderen wählen wollte. Es ist weiter festgestellt, daß für einen zur Zeit von hier abwesenden Arbeiter Stimmzettel an anderen wählten wollte, und daß dieser Arbeiter, dessen Wahlzettel ein dritter ebenfalls unterschreibt — zuvor gewählt hatte. Es wird uns ferner mitgeteilt, daß im Wahlbezirk 15 der Leichterermann Welling nicht wählen konnte, weil an seiner Statt schon ein Anfeindeter vorher gewählt hätte. In drei anderen Fällen ist der Bericht einer gleichen Zustellung durch Briefwahl entfallen. Alle diese Fälle — es handelt sich um ein Vergehen, das nach § 108 Abs. 2 des W.-Str.-G. B. mit Gefängnis bis zu zwei Jahren und eventuell auch mit Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte bestraft wird — sind der Polizei zur Anzeige gebracht. Wie wir hören, hat die Kriminalpolizei umfassende Erhebungen in die Wege geleitet, um etwaige analoge Fälle festzustellen.“

* In den sozialdemokratischen Wahlkreisinstruktionen schreibt die „Politik“: „Der jetzt noch, nachdem sich von allen Seiten die Meldungen über sozialdemokratische betrübliche Wahlen bei den Wahlen gebührt haben, annehmen wird, daß es sich bei den Wahlkreisinstruktionen um harmlose Irrtümer mangels unterrichteter Personen gehandelt habe, hat muß entweder geradezu notwendig nach sein oder er findet in keiner Weise dabei, der Sozialdemokratie die Hände zu ebnen. Wie systematisch insoweit in dem 2. Berliner Reichstagswahlkreis die betrüblichen Wahlkreisinstruktionen betrieben zu sein scheinen, geht daraus hervor, daß dort, wie jetzt festgestellt wurde, immer gerade in den Jahren, in denen Reichstagswahlen stattfanden, alle 1892, 1898 und 1902, in der Zeit um den 1. April 8-10000 Wahlstimmen vorübergehend fehlte. Die ungewöhnlich große Zahl von Schwestern, welche die Sozialdemokratie in den Wahlkreisen nötig hat, erklärte sich aus den Wahlverlusten zur Geringe, so nämlich der „Vorwärts“, daß 1890 freiwillige Hilfskräfte im 2. Berliner Wahlkreis tätig gewesen seien. Diese Schwestern modern die Hauptarbeit, sie sollen durch Fragen bei den Wählern sein, welche von den im Hause wohnenden Leuten eine Verzeihung, verweigern oder verfordern sind, und richten danach ihre Maßnahmen ein, indem sie dafür sorgen, daß für nichtwählende, aber in den Listen stehende Personen „Genossen“, deren Vorname natürlich dem Charakter des betrüblichen Wahlkreises nicht entsprechen muß, an die Urnen treten.“

Wie die „Wag“, „P.“ erzählt, hat der Minister bei Amerin wegen der von Sozialdemokraten vorgenommenen Manipulationen eine Verfügung erlassen, in der darauf aufmerksam gemacht wird, daß solche Manipulationen mit Gefängnis bis zu 3 Jahren bestraft werden, und die Wahlvorstände darauf angewiesen werden, daß sie berechtigt sind, eine Legitimation zu verlangen.

* Se. Maj. der Kaiser nahm an der Regatta Kiel-Eckernförde teil. Bei der Regatta passierte die „Jacht Hamburg“ das Ziel um 1 Uhr 52 Min. und die „Jacht Meteor“ um 1 Uhr 55 Min. In der Wettfahrt der Ganderhaff am Montag erhielt „Dumala“ den ersten „Benjamin“ den zweiten „Eily“ den dritten und „Sann III“ den vierten Preis. Dem Kaiser der Yachten hatten Ihre Majestät die Kaiserin und die Herzogin Friedrich Ferdinand zu Schleswig-Holstein beigegeben. Der von der „Jacht „Mara“ in der See-Regatta des Norddeutschen Regatta-Vereins eingeleitete Protest ist zu Gunsten von „Gleby“ entschieden worden. Danach hat „Gleby“ den ersten und Herausforderungspreis und „Mara“ den zweiten Preis.

Dienstag abend fand im Marie-Villenbau in Döbry ein Herrenabend des kaiserlichen Jagdclubs statt, zu welchem auch Se. Majestät erschienen. Die „Hohenzollern“ mit der Kaiserin an Bord ist in Eckernförde eingetroffen.

* Das amerikanische Geschwader hat am gestrigen Dienstag abends gegen 7 Uhr den Hafen von Kiel verlassen. Sämtliche amerikanischen Schiffe feuerten Salut, der von allen im Hafen liegenden deutschen Kriegsschiffen mit 21 Schuß erwidert wurde. Die amerikanischen Schiffe führten im Großtop die deutsche, die deutschen Schiffe im Großtop die amerikanische Flagge. Die Mannschaften der deutschen Schiffe paradierten auf der Seite, auf der die amerikanischen Schiffe vorbeifuhren. Die Signalstation Düsternbrook gab dem abziehenden Geschwader das Signal „Gute Nacht“.

* Verordnungsblätter. Präsident der Anschließungs-Kommission wird nun doch Landrat Blomher in Paderborn. Wie die „Sächs. Ztg.“ gestern mitteilt, sei an seiner Ernennung nicht mehr zu zweifeln. Landrat Blomher hätte einen mehrtägigen Urlaub angetreten, von dem er in sein bisheriges Amt nicht mehr zurückkehren würde. — Der Chef und der zweite Admiral des ostasiatischen Kreuzergeschwaders Vizeadmiral Gieseler und Konteradmiral Graf Wauditz, ferner der Geschwaderchef von Amerika Kapitän Scherer sind heimwärts unterwegs. In ihren Nachfolgern in den Kommandos ernannte der Kaiser 3. Konteradmiral von Preitzhoff und Gaffron und die Kapitäne von Goldenborck und Schröder. Der Stellvertreter tritt im Herbst ein. — Die Königin Wilhelmina von Holland und ihr Gemahl Prinz Heinrich, die der Zeitverleih, der am großherzoglichen Hof in Oldenburg beigegeben hatten, sind von dort wieder abgereist; die Königin hat sich nach dem Haag und Prinz Heinrich zur Hofhaltung seiner Mutter nach Laaen zurückgegeben. — In Freiburg i. Br. ist infolge von Ungehorsamkeit der Major von Knobelsdorff vom Infanterie-Regiment Nr. 113, Oberst der bekannter Schiffheilerin Anhalt v. Giehring, gestorben.

* Telegramm des Reichstages. Die „Allg. Volkstz.“ meldet aus Rom: Reichskanzler Graf von Ballo hat an den Kardinal Erzbischof Bischof folgendes Telegramm geschickt: „Euer Eminenz Ernennung zum Kardinal habe ich mit aufrichtiger Freude benommen und spreche ich Ihnen meine herzlichsten Glückwünsche aus zu der neuen Würde, deren Verleihung ich auch im vaterländischen Interesse begrüße.“ — Kardinal Bischof und Gesandte folgten gestern abend einer Einladung des preussischen Gesandten Freiherrn von Notzen.

* Der Bundesrat stimmte in seiner Dienstag-Sitzung dem Anschließungsbericht über den Entwurf einer Verordnung betr. die Erziehung der für Kaufleute bestimmten Vorarbeiten auf die Gouvernements-Verordnungen der Schwedische und den Anschließungsbericht über die Verordnungen betr. den Entwurf abgeänderter Musterstatuten für Orts- und Betriebs-(Zentrale) Stankstellen zu.

* Der Deutsche evangelische Kirchenanstoß wird nach den Beschlüssen der Einnahmer Kirchenkonferenz am 15 Mitgliedern bestehen. Drei Mitglieder entfallen auf die Vertreter der Kirchenregierung der älteren Provinzen Preußens, zwei auf die Vertreter der neuen Provinzen Preußens (Schleswig-Holstein, Hannover und Hessen-Nassau), je eine auf die Vertreter der Kirchenregierungen der Königreiche Bayern, Sachsen und Württemberg und sieben auf die Vertreter der übrigen 22 an der Einnahmer Kirchenkonferenz beteiligten deutschen Kirchenregierungen. Die Verteilung dieser sieben Stimmen soll einer vorläufig getroffenen Vereinbarung zufolge nach Gruppen geschehen, von denen die erste Gruppe Baden und Elbhörsingen mit einer Stimme, die zweite Gruppe Hessen und Braunschweig mit einer Stimme, die dritte Gruppe Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz und Oldenburg mit einer Stimme, die vierte Gruppe Sachsen-Weimar, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Gotha, Schwarzburg-Sondershausen, Schwarzburg-Rudolstadt, Neuch. & L. mit zwei Stimmen, die fünfte Gruppe Anhalt, Mecklenburg-Strelitz und Elbe mit einer Stimme, die sechste Gruppe die drei Hansestädte Lübeck, Bremen und Hamburg mit je einer Stimme sieben Stimmen bilden sollen. Den einzelnen Gruppen wird überlassen werden, sich über die Wahl eines Vertreters zu verständigen. Die Konstituierung des Anstoßes ist, falls die Kirchenregierungen den Beschlüssen der Konferenz zustimmen, für den Ausgang des Sommers oder Anfang des Herbstes dieses Jahres in Aussicht genommen worden.

* Eine interessante Begegnung schildert die sozialdemokratische „Frankfurter Volksstimme“ folgendermaßen: „Zunächst traf Böttcher, als er gestern bei weite, in einem Koffeinhause aus den Genossen des Sonnemann, mit dem er einen künftigen Handverbot taufte. Genosse Böttcher war sehr erstaunt, als er sah, wie die sich Sonnemann selber „entdeckt“ habe; in seiner Gutmütigkeit meinte er unter Genosse, annehmen zu müssen, daß auch Sonnemann ein „Entdeckt“ gebildet sei. Er war ein Schaulustiger eigener Art, die beiden Genossen nebeneinander zu sehen. Hier der durch 9 Jahren am Bord reich gewordenen Sonnemann, der es logisch fertig gebracht hat, zweimal abzugeben, das er 1889 als Vertreter der Reichspost in Frankfurt an dem Eisenbahnerkongress teilgenommen habe, bis ihm die „Volksstimme“ durch Abdruck der betr. Protokolle und Briefe von Böttcher, und mit ihm in Einnahme waren, die Wahrheit dieser Behauptung bewies. Und neben ihm der gute alte Böttcher, der trotz seiner heutzutage über 80 Jahren alt ist, sich nicht als „entdeckt“ hat und heute noch als 64-jähriger, durch Geschäftstätigkeit und Entbehrungen aller Art hart mitgenommen, sein Brot als Tageslohnstiller verdienen muß. Wie ist es möglich, wie unter allen Genossen Böttcher der Gedanke, daß er arm und ehrlich geblieben ist trotz aller Verheerungen, die im Laufe der Jahre an ihn herantraten, trotz aller Bemühungen der Gegner, ihn in die Lager Hinführung zu ziehen und auch „entwas aus ihm zu machen“, wie sie aus Sonnemann an „entwas gemacht“ haben.“

Es muß ein erhebendes Gefühl für die Herrn Sonnemann nahelebende „Frankfurter Zeitung“ sein, ihren früheren Chef in dieser Weise beleuchtet zu sehen. Die Haltung des Frankfurter demokratischen Blattes verleihtet ja allerdings die fehlende Zugehörigkeit Sonnemann zur Sozialdemokratie, die offenbar eine „alle Liebe“ gebildet ist. Feinbewusst, die Liebesdienste, welche die „Frankfurter Zeitung“ den Sozialdemokraten erweisen hat, sind über alle Maßen zahlreich. Auf Dank freilich dürfen diese Liebesdienste nicht rechnen, und das finden wir auch durchaus in Ordnung. Solche Dienste nimmt man an, aber man achtet deren Spender nicht.

* Betrat zur Landesbank für Gewerkschaften. Seitens der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten und der öffentlichen Arbeiten sind zu Mitgliedern des durch allerhöchste Ordre vom 6. Januar d. J. angeordneten Betrats bei den Arbeiten der Landesbank für Gewerkschaften der Landesbank für Gewerkschaften, der Landesbank für Gewerkschaften und des Reichspräsidenten des Reichspräsidenten Grafen Otto v. Manteuffel auf Kröner, der Rittergutsbesitzer Engel in Oldenburg und der Rittergutsbesitzer Hermann Graf zu Stolberg-Stolberg auf Westheim berufen worden.

* Die ebnbüchigen Ergebnisse der außerordentlichen Abstimmung in Preußen liegen nunmehr abgeschlossen vor. Es wurden ermittelt 2 927 454 Wähler (zum Vergleich 2 923 627 am 1. Dezember 1900), 10 405 769 Stimmblätter (10 876 972), 5 917 698 Schafe (7 001 518) und 42 749 998 Schweine (40 860 921). Während der vorliegenden Abstimmungsperiode nahmen also bei dem Großvieh die Schafe um 0,13 Proz. zu, Gesamtsumme minderten sich die Rinder um 4,33 Proz. Unter dem Kleinvieh fiel die Zahl der Schafe um 15,48 Proz. Endlich hob sich der Bestand der Schweine um 16,28 Proz.

* Von mehreren Landgemeinden im rheinisch-westfälischen Industriegebiet ist der Versuch gemacht worden, durch Selbstausscheidung der Städte eine größere Selbstständigkeit zu gewinnen. Obwohl diese Entschlüsse in Bezug auf die Zahl der Einwohner mit zahlreichen anderen Städten nicht meilen können, sind diesbezügliche Anträge von der Regierung dennoch abgelehnt worden. Andererseits haben die auf Eingliederung von Landgemeinden gerichteten Bestrebungen mehrerer Städte die Genehmigung und Unterstützung der zuständigen Behörden gefunden. Das schnelle Anwachsen zahlreicher Landgemeinden des Industriebezirks stellt die Staatsregierung vor die wichtige Frage, ob die Zahl der Industrieorte durch Verleihung der Stadtrechte vermehrt werden oder eine Aufzählung der Landgemeinden durch die bereits vorhandenen Städte erfolgen soll. Wie die „Frankf. Ztg.“ von unterrichteter Stelle hört, wird die Regierung den letzteren Weg überall da vorziehen, wo stark bevölkerte Landgemeinden in der Nähe von größeren ausdehnungsbedürftigen Städten liegen.

* Die Pommerbank und die Presse. Nach dem Bericht über den Prozeß gegen die Pommerbank äußerte Westphal zum Angeklagten Kommod: „Sie brauchen doch nicht erst Prüfung mit der Presse, denn diese hatten Sie doch schon durch die verschiedenen Zusammenkünfte, die Sie nachweislich einzelnen Vertretern der Presse von Zeit zu Zeit gestiftet haben; so hat der Dr. Wittenberg beispielsweise 12 000 Mk. pro Jahr bezogen.“ Dazu bemerkt die „Allg. Ztg.“: „Dieser Auslegung gegenüber darf die gleiche Presse an Herrn Landgerichtsrat Pausch die Aufforderung richten, in öffentlicher Sitzung alle die einzelnen „Vertreter der Presse“ namhaft zu machen, die nachweislich in diesem oder einem anderen Zusammenhang irgendwelche Beiträge von dem Angeklagten Kommod oder sonst von der Pommerbank erhalten haben sollen. Was die ebenfalls bereits herangezogene Zuwendung an den „Presseklub“ betrifft, so muß nochmals betont werden, daß dieser „Presseklub“ nicht mit dem Verein „Berliner Presse“ verwechselt werden darf.“

* Zur Verbreitung der Jugend- und Volksspiele. Seit einem Reihe von Jahren ist das unabweisliche Bedürfnis der Regierung bezeugt worden, die Ausübung der Jugend- und Volksspiele zu betreiben. Zu dem Zweck ist mit Unterstützung der Regierung in den Städten Krefeld, Barmen, Essen, Neumünster, Lempe eine Reihe von Spielplätzen abgeteilt worden, in denen mehrere hundert Lehrer und Lehrkräften zur Leitung der Jugend- und Volksspiele beschäftigt sind. Um durch die Einübung der Spiele betriebl. Eingang ins Volk zu verschaffen, hat ein in Krefeld bestehender Verein zur Förderung der Volksspiele und Jugendspiele seit dem Jahre 1897 Spiele der Schuljugend eingerichtet und zwar Ferienspiele, Spiele für Schulkindern und Wandervogelkinder in Bremen während der Herbstferien. In den Spielen haben in Krefeld an einem Spielplatz bis zu 8700, an drei Spielplätzen bis zu 1400 Anaben und Mädchen teilgenommen. Unter denselben 3 großen Spielplätzen der Stadt, welche der Schuljugend zur Verfügung gestellt sind, treiben Erwachsene an Sonntagen Volksspiele.

Auch andere Großstädte des Reichsgebietes sind durch den Krefelder Verein gefördert worden. In den Spielen haben in Krefeld an einem Spielplatz bis zu 8700, an drei Spielplätzen bis zu 1400 Anaben und Mädchen teilgenommen. Unter denselben 3 großen Spielplätzen der Stadt, welche der Schuljugend zur Verfügung gestellt sind, treiben Erwachsene an Sonntagen Volksspiele.

Auch andere Großstädte des Reichsgebietes sind durch den Krefelder Verein gefördert worden. In den Spielen haben in Krefeld an einem Spielplatz bis zu 8700, an drei Spielplätzen bis zu 1400 Anaben und Mädchen teilgenommen. Unter denselben 3 großen Spielplätzen der Stadt, welche der Schuljugend zur Verfügung gestellt sind, treiben Erwachsene an Sonntagen Volksspiele.

...ange bei der Erbeerbfolge. In den letzten Jahren seien die wichtigsten Geschäftsbereiche sehr bedeutend geworden; er habe darüber zu disponieren gehabt. Diese beiden Beträge seien hauptsächlich für die vielen Neubauten und Renovierungen wegen nötig gewesen. Durch diesen mit den Erbeerbfolgerinnen wurde das Interesse neu erwacht worden. Es sei ihm bekannt gewesen, daß die Tochtergesellschaften Geld überwiegen würde, aus dem die hier die Dividenden gälten. Sind er also, daß Schmidt auf die Güte der Unternehmungen käme. ...

Provinz Sachsen und Umgebung.

Schaffstädt, 20. Juni. (Missionsspekt.) Bei herrlichsten Wetter konnten wir am Sonntag unter Oberw. Missionsspekt. ...

Stendal, 20. Juni. (In Waffensachen) wird der ...

Letzte Telegramme.

Berlin, 1. Juli. Durch eine Explosion des Trodenens ...

Danzig, 1. Juli. Im Besien des Ministers von Hammerstein ...

Breslau, 1. Juli. Die juristische Fakultät ernannte den Ober-Präsidenten Herzog von Trautenberg zum Ehrenbürger ...

Belgrad, 30. Juni. Die heutige Sitzung der Stupjitsina wurde um 9 1/2 Uhr vorm. eröffnet. ...

Budapest, 30. Juni. Im Abgeordnetenhaus brachte der Sonderminister Slosowazy heute den Gesetzentwurf ein ...

Berensburg, 30. Juni. Die Staatsbank in Sibirien ...

New-York, 1. Juli. Aus Sanna in Wyoming wird gemeldet, daß dort eine der Union-Pacific-Gesellschaft gehörige Kohlengrube infolge Explosion in Brand geriet ...

Kapstadt, 20. Juni. Das Parlament genehmigte heute das Abkommen von Bloemfontein über die Errichtung eines parlamentarischen Kongresses durch einfache Abstimmung ...

Mäßigung einer Vorkursbehandlung Englands geben den Teil des Abkommens mit 42 gegen 42 Stimmen abgelehnt war, wobei die Stimme des Sprechers den Ausschlag gab. ...

Weiter-Kassisten auf Grund der Berichte der denksamen Seewarte in Hamburg. (Nachdruck verboten.) ...

Wasserkasse. Nach amtlichen Nachrichten der Königl. Kassen-Verwaltung. ...

Table with columns for location (e.g., Halle, Erfurt, Weimar), date (30. Juni, 29. Juni), and values. Includes sub-sections for 'Einnahme' and 'Ausgabe'.

Wassermärkte der Saale, mitgeteilt vom Forstab, am 30. Juni: 17 1/2 R.

Börsen- und Handelsteil.

Tagess-Marktergebnisse.

Berlin, 30. Juni. (Berliner Produktentbörse.) Die am 30. Juni ...

Zentralstelle der Preussischen Landwirtschafskammern. ...

Table with columns for location (e.g., Lidenmarkt, Wittendorf, Neumarkt) and values.

Table with columns for location (e.g., Münster, Berlin, Königsberg) and values.

auf Grund eigener heutiger Beobachtungen in Markt per Sonne einfließ. ...

en 30. Juni, am 29. Juni. ...

Wiedermärkte.

Dresden, 29. Juni. Schloßviehpreise nach amtlicher Feststellung. ...

Waren- und Produktentberichte.

Hamburg, 30. Juni. Weizen, Getreide, Mehl, ...

